

Sitzungsvorlage DS 2012/110

Stadtkämmerei
Helmut Nau
(Stand: 16.03.2012)

Mitwirkung:

Aktenzeichen: 913.6

Verwaltungs- und Kulturausschuss

öffentlich am 26.03.2012

Gemeinderat

öffentlich am 23.04.2012

Vorläufiger Jahresabschluss 2011 der Stadt – Bericht der Verwaltung

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Kenntnis.
2. Zur Finanzierung zusätzlicher öffentlicher Stellplätze an der Mauerstraße werden der zweckgebundenen Stellplatzrücklage 39.614 € entnommen.
3. Verwaltungs- und Kulturausschuss sowie Gemeinderat stimmen in ihrer Zuständigkeit dem vorläufigen Budgetabschluss zu. Über den endgültigen Budgetabschluss beschließt der Gemeinderat im Zuge der Feststellung der Jahresrechnung 2011.

Sachverhalt:

1. Haushalts- und Nachtragsplan 2011 der Stadt

Der Gemeinderat hat am 13.12.2010 den Haushalts- und am 18.07.2011 den Nachtragsplan beschlossen. Die Kredit- und Verpflichtungsermächtigungen wurden von Regierungspräsidium jeweils ohne Auflagen erteilt.

Im Rahmen der **Informationsveranstaltung** zur Haushaltsplanung 2012 am 25.11.2011 in Weißenau wurde eine Prognose über die voraussichtliche Entwicklung der städtischen Finanzen zum Jahresende abgegeben. Obwohl im Oktober Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer von über 2.000.000 € zu erwartet waren, kann die eingeplante Zuführungsrate (7.200.000 €) dennoch erreicht werden (aufgefangen über Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer und im Finanzausgleich). Optimistisch betrachtet erschien zur damaligen Zeit im Vermögenshaushalt ein kleiner Überschuss und damit eine geringere Rücklagenentnahme bzw. eine teilweise Kürzung der Kreditaufnahmen möglich.

2. Eckdaten des vorläufigen Jahresabschlusses 2011

Der Bericht basiert auf dem **Buchungsstand 14.03.2012**. Letzte Steuer- und Korrekturbuchungen führen noch zu kleineren Veränderungen. Die Differenz zum Haushaltsausgleich liegt bei knapp 100.000 €. In diesem Umfang werden sich die Zuführungsrate und die allgemeine Rücklage noch verändern. Die zur Übertragung vorgeschlagenen Haushaltsreste sind berücksichtigt.

Ergebniszusammenfassung (gerundet):

• Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt	9.500.000 €
entspricht Ergebnisverbesserung von	2.300.000 €
davon:	
○ Steuern, Finanzausgleich und Umlagen	+ 580.000 €
○ Einsparungen Budgets insgesamt	+ 1.720.000 €
• Ergebnis Vermögenshaushalt	+ 1.400.000 €
davon:	
○ höhere Zuführungsrate	+ 2.300.000 €
○ Verbesserungen Vermögenshaushalt netto	+ 1.140.000 €
○ Übertrag Retentionsbecken (GR 27.06.2011)	+ 360.000 €
○ negativer Saldo Grundstücke Einzelplan 8	- 1.400.000 €
○ weniger Erschließungsbeiträge	- 1.000.000 €
Umsetzung Ergebnisverbesserung:	
○ Minderentnahme allgemeine Rücklage	- 900.000 €
○ Kürzung Kreditermächtigung	- 500.000 €
• Entwicklung Verschuldung der Stadt 2011	
○ Stand 31.12.2010	29.894.000 €
○ Stand 31.12.2011	31.944.000 €
damit Netto-Neuverschuldung 2011	2.050.000 €

- **geplante/tatsächliche Kreditaufnahme 2011/2012**
 - Kreditermächtigung 2010/2011 8.215.000 €
 - vom Gemeinderat beschlossene Kredite 7.707.000 €**
 - davon:
 - in 2011 nach Baufortschritt aufgenommen 3.531.000 €
 - restliche Aufnahmen in 2012 (Haushaltsrest) 4.176.000 €
 - maximale Schulden laut Nachtragsplanung 36.589.000 €**
 - tatsächliche Schulden zum 31.12.2011 31.944.000 €
 - Differenz zur Schuldenobergrenze 2011 4.645.000 €
 - Nachholung beschlossener Kredite in 2012 4.176.000 €
 - (Einzelerläuterungen dazu siehe **Ziffer 5**)

- **Rücklagen der Stadt**
 - allgemeine Rücklage am 31.12.2011: 4.100.000 €
 - gesetzlicher Mindestbestand 2012 - 2.640.000 €
 - verfügbarer Teil allgemeine Rücklage 1.460.000 €**
 - Stellplatzrücklage (zweckgebunden) 754.000 €
 - Beseitigung Bahnübergänge 28.000 €

3. Verwaltungshaushalt

Am 14.03.2012 ist eine vorläufige **Zuführungsrate** an den Vermögenshaushalt von 9.500.000 € gebucht, damit 2.300.000 € über dem Ansatz des Nachtragsplanes. Dies resultiert insbesondere aus deutlichen Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer und im Finanzausgleich sowie dem positiven Gesamtabchluss der 145 Budgets im Verwaltungshaushalt. Die nur wenigen Haushaltsreste im Verwaltungshaushalt tragen ebenfalls mit dazu bei.

Trotz den Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer summiert sich im **Unterabschnitt 1.9000** (Steuern, Finanzausgleich, Zuweisungen und Umlagen) eine Nettoverbesserung von 580.000 €:

- Gewerbesteuer (netto) - 1.540.000 €
- Anteile Einkommen- und Umsatzsteuer + 1.070.000 €
- Finanzausgleich (saldiert) + 1.460.000 €
- sonstige Steuereinnahmen der Stadt - 410.000 €

Die **Gewerbesteuer** schließt mit 40.150.000 €, damit 1.850.000 € weniger als geplant. Die vorläufigen Abschläge auf die Steuerumlage an das Land fielen um 310.000 € geringer aus. Aus der Endabrechnung der Umlage hat die Stadt Anfang 2012 eine Rückzahlung von knapp 100.000 € erhalten.

Auf der Grundlage des Landes-Haushaltserlasses 2011 war eine anteilige **Einkommensteuer** von 17.600.000 € veranschlagt. Vorläufig wurden rund 18.650.000 € eingenommen, damit 1.050.000 € mehr als geplant. Aus der Steuer-Endabrechnung hat die Stadt Anfang 2012 eine Nachzahlung von rund 400.000 € erhalten. Die Umsatzsteuer-Einnahmen betragen 3.080.000 € und liegen damit 20.000 € über der Planung.

Auch die veranschlagten Leistungen des **kommunalen Finanzausgleiches** basieren auf dem Haushaltserlass des Landes. Die Mehreinnahmen aus den Schlüsselzuweisungen und der Investitionspauschale summieren sich auf 1.250.000 €. Weitere Verbesserungen von 210.000 € betreffen den Familienleistungsausgleich und geringeren FAG-Umlagezahlungen.

Mindereinnahmen ergeben sich bei der **Zweitwohnungssteuer** (45.000 €) und bei der Vergnügungssteuer (365.000 €). Im Jahr der Steuereinführung war der Ansatz der Zweitwohnungssteuer schwer zu schätzen. Mehreinnahmen im Finanzausgleich durch die Verlegung des Hauptwohnsitzes nach Ravensburg gleichen die Mindereinnahmen aus. Die Mindereinnahmen 2011 aus der Vergnügungssteuer werden überwiegend 2012 nachgeholt. Der Gemeinderat hat am 12.12.2011 den Abschluss 2010 des **Eigenbetriebs Stadtwerke** beschlossen. Entgegen der Haushaltsplanung wurde nicht der ganze Jahresgewinn sondern nur ein Teilbetrag von 150.000 € an die Stadt abgeführt. Daraus resultieren Mindereinnahmen von 190.000 €.

Für **Personalausgaben** sind 22.714.000 € veranschlagt. Die 4-monatige Stellenbesetzungssperre reduziert den Ansatz pauschal um 200.000 € (zentral im Unterabschnitt 1.9100) auf 22.514.000 €. Die Gesamtausgaben betragen rund 22.384.000 €, damit 130.000 € weniger als eingeplant waren. Die Personalkosten sind jeweils Teil der einzelnen Budgetabschlüsse (siehe Ziffer 6).

In folgenden **Budgets** summieren sich 1.450.000 € an Einzelverbesserungen ab 100.000 € (davon 760.000 € Minderausgaben, 690.000 € Mehreinnahmen).

Budget		in €	Begründung
1.0220	Personaldienste	105.000	geringere Personalausgaben
1.0253	Ortsverwaltung Eschach	100.000	geringere Personalausgaben
1.0340	Abgaben	115.000	höhere Einnahmen aus der Gewerbesteuer-Vollverzinsung
1.0620	IT-Abteilung	115.000	geringere Personal-, Gerätemiete- und Wartungskosten
1.1102	Verkehrswesen	340.000	höhere Verwaltungsgebühren und Bußgeldeinnahmen
1.2910	Schulsozialarbeit	100.000	höhere Elternbeiträge, Essensgelder und Personalkostenerstattungen
1.2990	Schulgebäude – zentraler Ansatz	190.000	geringere Bewirtschaftungskosten (Wärme, Reinigung und Strom)
1.6100	Stadtplanung	130.000	geringere und zeitversetzte Planung
1.6300	Straßen	120.000	Winterdienst und Straßenunterhalt
1.7215	RaWEG	135.000	höhere PPK-Wertstoffvergütung (gestiegener Papierpreis)
	insgesamt	1.450.000	

Gegenläufig haben sich bei 10 der 145 Budgets unvermeidbare Belastungen mit insgesamt rund 800.000 € ergeben. Diese Überziehungen können alle über den Gesamtbudgetabschluss aufgefangen werden (siehe Ziffer 6).

4. Vermögenshaushalt

- Bei einem geplanten Umsatzvolumen von 6.855.000 € war im Einzelplan 8 ein Einnahmeüberschuss aus den **bebauten und unbebauten Grundstücken** von 145.000 € veranschlagt. Im Ergebnis beträgt der Ausgabeüberhang rund 1.230.000 €. Die Abweichung zum Ansatz beträgt damit knapp 1.400.000 €. Die Verschlechterung ergibt sich ausschließlich durch die nicht realisierten Verkaufserlöse aus dem Gewerbegebiet "Erlen/B33" (Mindereinnahmen von 1.500.000 €). Der Ausgabeansatz für die Grundstückskäufe wurde um 280.000 € unterschritten. Die fehlenden Verkaufseinnahmen können in den Folgejahren neu veranschlagt werden.
- Die **Hochbauinvestitionen** summieren sich auf 10.200.000 €, sie liegen sehr nahe am geplanten Ausgabevolumen von 10.235.000 €. Die meisten Vorhaben sind damit realisiert oder wurden begonnen. Schwerpunkte waren das Wohnprojekt "Südstadt" (2.500.000 €), der Umbau der Jugendherberge (2.650.000 €), die Schulprojekte (2.200.000 €) und das Museum Humpis-Quartier (1.050.000 €). In diesen 4 Bereichen summiert sich ein Investitionsvolumen von 8.400.000 €. An Zuschüssen und Kostenbeteiligungen für diese Maßnahmen sind insgesamt 2.200.000 € eingegangen.
- Die **Tiefbauinvestitionen** an Straßen und Gewässern summieren sich auf 3.550.000 € und liegen damit etwa 1.150.000 € unter dem Gesamtansatz von knapp 4.700.000 €. Mit 960.000 € findet sich der überwiegende Teil der Minderausgaben in den Gebietserschließungen "Erlen/B33", "Leim" und "Schornreute" (Endabrechnung und Verschiebung der Kassenraten auf die Folgejahre). Auch deshalb Grund liegen die Einnahmen aus den **Erschließungsbeiträgen** rund 1.000.000 € unter der Planung, diese können aber in den Folgejahren neu veranschlagt werden.
- Die Eigenanteile der Stadt an den 7 **Sanierungsgebieten** (UA 2.6150 ff.) summieren sich auf knapp 980.000 € und liegen damit 150.000 € unter dem Gesamtansatz. Anteilig 100.000 € dieser Minderausgaben entfallen auf die Sanierung "Altstadt mit Erweiterung". Eine Aufnahme 2011 in das Landessanierungsprogramm war nicht möglich, der Planansatz wurde vollständig eingespart. Bereinigt um dieses Programm wurden rund 95 % des Sanierungsvolumens auch umgesetzt. Im Sanierungsgebiet "**Bahnstadt**" ist zu beachten, dass durch die hohen Grundstückserlöse in 2010 aktuell 1.380.000 € an künftigen Sanierungsausgaben vorfinanziert sind.

5. Kredite, Schuldendienst und Rücklagen

Die genehmigte Kreditermächtigung beträgt 8.215.000 € – Ermächtigung 2011 mit 7.430.000 € und 875.000 € aus der Ermächtigung 2010 (Haushaltsrest). Der Gemeinderat hat Kreditaufnahmen von 7.707.000 € beschlossen. Anteilig 5.577.000 € entfallen auf Einzelvorhaben (Wohnprojekt "Südstadt", Sanierung Leonhardstraße 8 und 8/1, "LED-Umrüstung", Mensa Weststadtschule), weitere 2.130.000 € betreffen einen allgemeinen Finanzierungskredit. Aufgenommen wurden 2011 davon 3.531.000 €. In Höhe der Differenz von 4.176.000 € wurde dem Gemeinderat die Bildung eines Haushaltsrestes vorgeschlagen.

Übertragen werden sollen nur die Kredite für das Wohnprojekt "Südstadt", die "LED-Umrüstung" und die Mensa Weststadtschule ("**rentierliche**" Schulden). Auf die Übertragung der restlichen 508.000 € kann verzichtet werden, sie sind weder maßnahmenbezogen noch betreffen sie ein zinsverbilligtes Programm.

Die **Schulden** im Kämmerei-Haushalt liegen am **31.12.2011** bei **31.944.000 €**. Die Stadt hat sich um 2.050.000 € neu verschuldet. Bei einer Einwohnerzahl von 49.874 Personen zum 30.06.2011 beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung 640 €. Der **Durchschnittszins** aller städtischen Kredite liegt bei **2,96 %**.

Die im Zuge der Haushaltsplanungen vom Gemeinderat beschlossene und vom Regierungspräsidium genehmigte maximale Verschuldung im Kernhaushalt beträgt 36.589.000 € zum Jahresende 2011. Diese Obergrenze wird vorläufig um 4.645.000 € unterschritten. Die zeitversetzten Kreditaufnahmen für das Wohnprojekt "Südstadt", die "LED-Umrüstung" und die Mensa der Weststadtschule von zusammen 4.176.000 € werden mit Abschluss der Maßnahmen 2012 nachgeholt und erhöhen dann den Schuldenstand entsprechend. Eingespart ist der nicht gebildete Haushaltsrest von 508.000 €.

Für den **Schuldendienst** waren 2.730.000 € eingeplant, davon 1.520.000 € für die Kredittilgungen und 1.210.000 € für die Kreditzinsen. Die Tilgungsausgaben liegen 40.000 € unter der Planung. Für Kreditzinsen wurden 950.000 € bezahlt, damit 260.000 € weniger als veranschlagt waren. Diese Minderausgaben hängen mit den zeitversetzten Kreditaufnahmen (4.176.000 €), einem sehr hohen Anteil an zinsverbilligten Krediten sowie dem sehr günstigen Zinsniveau am Kapitalmarkt zusammen. Neben den zinsverbilligten Einzelkrediten wurde ein allgemeines Finanzierungsdarlehen von 2.130.000 € mit einem Zinssatz von 2,97 % über die gesamte Laufzeit bis 2035 aufgenommen.

In der **allgemeinen Rücklage** sind Ende 2010 rund 4.770.000 € gebucht. Den gesetzlichen Mindestbetrag 2012 für die Kassenliquidität abgezogen sind davon zunächst 2.130.000 € verfügbar. Im Nachtragsplan war eine Entnahme von 1.570.000 € veranschlagt. Weitere 250.000 € wurden durch Beschluss des Gemeinderates vom 21.11.2011 zur außerplanmäßigen Finanzierung einer Teilrückzahlung des GVFG-Zuschusses für die Meersburger Straße an das Land herangezogen. Die maximale Entnahme läge damit bei 1.820.000 €. Im vorläufigen Ergebnis müssen der Rücklage "nur" 670.000 € entnommen werden, das sind 1.150.000 € weniger als beschlossen wurde. Die Rücklage beträgt damit Ende 2011 rund 4.100.000 €. Die den Mindestbestand 2012 übersteigende "freie" allgemeine Rücklage beträgt 1.460.000 €.

Für die **Schließung von 3 Bahnübergängen** (Eschach und Taldorf) hat die Stadt von der Deutschen Bahn AG zweckgebunden für Grundstückskäufe und notwendige Tiefbaumaßnahmen 1.075.000 € erhalten. Diese Mittel sind mit entsprechender Zweckbindung in der Rücklage gebucht. Für die 2012 vorgesehene Endabrechnung mit der Bahn stehen noch 28.000 € zur Verfügung.

Der zweckgebundenen **Stellplatzrücklage** werden zur Mitfinanzierung neuer öffentlicher Stellplätze an der Mauerstraße planmäßig 39.614 € entnommen.

Die ebenfalls geplante Anfinanzierung der ZOB-Erweiterung hat sich nach 2012 verschoben. Die Rücklage beträgt damit Ende 2011 rund 754.000 €.

6. Vorläufiger Budgetabschluss 2011

Bei 10 der 145 Budgets haben sich Mehrbelastungen ab 25.000 € (Mehrausgaben und/oder Wenigereinnahmen) mit zusammen rund 800.000 € ergeben. Zuständig für Überschreitungen ab 25.001 € ist der Verwaltungs- und Kultur-ausschuss, ab 100.001 € der Gemeinderat.

Budget		Abmangel (gerundet)	Begründung
1.0320	Stadtkasse	72.000	Mindereinnahmen aus Säumniszuschlägen
1.1101	Ordnungswesen	37.000	höhere Sach- und Personalausgaben der Ortspolizeibehörde
1.3000	Kulturverwaltung	35.000	höhere Personal- und Gutachterkosten Veranstaltungsmanagement
1.3430	Dorfgemeinschaft Taldorf	46.000	gestiegener Bauunterhalt und mehr Leistungen des Ortsbauhofes
1.6130	Bauordnungsamt	117.000	weniger Baugenehmigungsgebühren
1.7512	Hauptfriedhof	83.000	geringere Bestattungs- und Grabberechtigungsgebühren
1.7513	Westfriedhof	42.000	geringere Bestattungs- und Grabberechtigungsgebühren
1.7718	Ortsbauhof Taldorf	35.000	höhere Personalkosten (15.000 €) und Unterhaltungskosten Fahrzeuge
1.7719	Ortsbauhof Eschach	49.000	geringere Umsatzerlöse (40.000 €) und Unterhaltungskosten Fahrzeuge
1.8811	externe Mietverhältnisse	284.000	niedergeschlagene Wohnungsmieten (200.000 €), höherer Bauunterhalt
	insgesamt	800.000	

Anteilig 563.000 € davon resultieren aus Mindereinnahmen. Diese können durch entsprechend höhere Einnahmen in den Budgets 1.0340 (Abgaben), 1.1102 (Verkehrswesen) und 1.7215 (RaWEG) abgedeckt werden. Die restlichen 237.000 € sind auf Mehrausgaben zurückzuführen. Deren Abdeckung erfolgt über Minderausgaben in den Budgets 1.2990 (Schulgebäude), 1.6300 (Straßenunterhalt) und 1.0620 (IT-Abteilung). Alle Mehrbelastungen werden damit über den Gesamtbudgetabschluss aufgefangen (siehe Ziffer 3).

Seit Einführung der Budgetierung ist mit dem Rechnungsprüfungsamt abgestimmt, dass bei der Ermittlung der Budgetergebnisse die bereinigten Budgets zugrunde gelegt werden. Auswirkungen die sich aus neutralen Verrechnungen ergeben (Verwaltungskosten, kalkulatorische Verzinsung und Abschreibung, innere Verrechnungen, Raumkostenverrechnungen) bleiben unberücksichtigt. Wie auch bei den Haushaltsresten beschließt der Gemeinderat den Budgetabschluss abschließend im Zuge der Feststellung der Jahresrechnung 2011.